



Foto: Sebastian Petrich

WIR LEBEN NICHT ALLEINE HIER

Ob in der Großstadt oder ganz weit draußen: Wildtiere gehören genauso wie Menschen zum Ökosystem. Wir müssen uns mit ihnen arrangieren und ihnen ausreichend Raum zum Leben geben. Das ist aber leider einfacher gesagt als getan.

Er hat den Ausflug in die City-Ost leider nicht überlebt, der kleine Fischotter, der im vergangenen September in der Nähe des Alexanderplatzes überfahren wurde. Da es sich um ein Jungtier handelte, ist der positive Aspekt der traurigen Nachricht jedoch die Erkenntnis, dass sich die in der höchsten Schutzkategorie („vom Aussterben bedroht“) gelisteten Otter in Berlin fortpflanzen. Ob die Otter nun zurück sind, wie die Presse Ende 2021 freudig vermeldete, ist fraglich. Vermutlich waren sie nie ganz weg, konnten dank moderner Wildtierkameras aber erst jetzt zweifelsfrei an fünf Stellen von Havel, Spree und Teltowkanal nachgewiesen werden.

Dass bundesweit zuletzt wieder mehr Fischotter gesichtet wurden, könnte mit saubererem Wasser zusammenhängen, ist sicher aber auch eine langfristige Folge ihrer Unterschutzstellung. Ähnlich wie der Biber war das als Fischräuber verschriene Wassertier in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fast ausgerottet. Aber Otter und Biber brauchen mehr als einen hohen Schutzstatus, nämlich geeignete Lebensräume: naturnahe Gewässer mit zugänglichen Ufern und schützender (und im Fall des vegetarischen Bibers fressbarer) Vegetation. Davon gibt es in Berlin immer weniger; Ufer werden weiter befestigt, Wohnhäuser am Wasser errichtet, Ufervegetation gerodet.

Lebensräume in Gefahr

Was Biber und Otter brauchen, nützt auch anderen Wildtieren. Sie profitieren von jedem städtischen Grün, das über den üblichen Rasen hinausgeht. In Zeiten, in denen „bauen, bauen, bauen“ für Teile des Parteienspektrums oberste Maxime ist, droht der Stadtnatur ständig Gefahr. Der neue rot-grün-rote Koalitionsvertrag atmet diesen Geist, wenn er das Stadtgrün nur dann sichern will, wenn keine anderen öffentlichen Interessen – sprich: Bauwünsche – entgegenstehen. Deshalb beschäftigt sich der BUND derzeit intensiv mit der Frage, wie viel Neubau Berlin wirklich braucht (Seite 4).

Auch in Brandenburg dreht sich die aktuelle Artenschutzdiskussion letztlich darum, wie viel Raum Wildtiere beanspruchen dürfen. Das betrifft neben den Bibern, die viel Unmut auf sich ziehen, wenn sie einen verschwindend geringen Teil der Landesfläche nach ihren Vorstellungen umgestalten, vor allem die Wölfe. Es ist zwar notwendig – und unter geltendem Recht ohnehin längst möglich –, einzelne Wölfe, die sich Menschen gegenüber aggressiv verhalten oder gut gesicherte Weidezäune überwunden haben, zu töten. Eine sogenannte Bestandsregulierung, also den Abschuss von Wölfen im Rahmen von Jagdplänen, lehnt der BUND aber ab.

Ausröten oder arrangieren

Sollte eine bestimmte Zahl von Wölfen legal gejagt werden dürfen, ist das keine Garantie dafür, dass die restlichen Wölfe keine Nutztiere mehr reißen. Selbst eine vorübergehend wolfsfreie Zone schafft keine Sicherheit, schließlich kann sie jederzeit von Wölfen neu besiedelt oder durchquert werden. Nebenbei bemerkt: Mit welchem Recht dürfen wir von Menschen in Malaysia oder Botswana erwarten, Tiger und Elefant zu schützen, wenn wir schon mit einem vergleichsweise harmlosen Tier wie dem Wolf überfordert sind?

Unter der Voraussetzung, dass wir den Wolf als Teil unseres Naturerbes akzeptieren, gibt es nur eine sinnvolle Möglichkeit zur Lösung des Konflikts um Wolfsrisse: Die Weidetiere müssen mit Hunden und Zäunen geschützt werden. Dies scheitert bislang nicht an der Machbarkeit, sondern an bürokratischen Hindernissen bei der Kostenerstattung. Die Weidetierhaltenden, die mit ihrer Arbeit Kulturlandschaften pflegen, müssen obendrein angemessene Preise und bessere Vermarktungsmöglichkeiten für ihre Produkte erhalten, denn ihre schwierige wirtschaftliche Situation bedroht die Weidetierhaltung stärker als der Wolf. Aber geht es den Wolfskritiker*innen wirklich um den Schutz der Weidetiere? Lei-

der liegt die Vermutung nahe, dass sie eher ein grundsätzliches Interesse daran haben, den gesetzlichen Artenschutz als solchen aufzuweichen – da kommt der Wolf, der bei einigen Menschen uralte Ängste hervorruft, gerade recht.

Wald vor Wild

Oder fürchten manche Jäger*innen den Wolf als Konkurrenten? Diese Sorge ist unbegründet, schließlich gibt es mehr als genügend Wild. Und mehr, als der Wald verkraftet. Vielerorts verhindern hohe Wildbestände die natürliche Waldverjüngung, weil die Tiere massenweise Keimlinge und Jungbäume fressen. Der im Zuge der Erderwärmung nötige Waldumbau von Kiefernmonokulturen zu hitze- und trockenheitsresistenteren Mischwäldern wird unter diesen Umständen noch Jahrhunderte dauern.

Deshalb setzt sich der BUND dafür ein, dass der Grundsatz „Wald vor Wild“ auch das geplante neue Brandenburger Jagdgesetz prägt. So muss es künftig allen Waldbesitzer*innen möglich sein, in ihrem eigenen Forst zu jagen, sofern sie die nötige Qualifikation besitzen. Bislang sind Besitzer*innen kleinerer Flächen gezwungen, die Jagdrechte an Pächter*innen abzugeben. Diese haben häufig wenig Interesse an Jungbäumen, sondern eher an viel Wild, um jederzeit ihrem Hobby nachgehen zu können. Mancherorts füttern sie das Wild sogar, was nur in Notzeiten und zum Anlocken erlaubt ist. Diese sogenannte Kirmung muss grundsätzlich verboten werden, ebenso wie die Jagd auf Zugvögel und geschützte Tiere wie etwa Iltisse und der Einsatz von Bleimunition.

Und selbstverständlich darf der Wolf nicht ins Jagdrecht aufgenommen werden. Der hat sich übrigens nicht als der große Regulierer der Wilddichte erwiesen, er schafft es allenfalls, Reh und Wildschwein in Bewegung zu halten. Aber er hat seinen Platz im hiesigen Ökosystem, ebenso wie Biber, Otter und Elch. *sp*

INHALT

Thema Wildtiere

Jagen statt einzäunen: Was jetzt gegen die Afrikanische Schweinepest hilft
Seite 2

„Fassadenbetrieung sollte Standard sein“: Thomas E. Hauck über Animal-Aided Design
Seite 3

AKTUELL

Wie viele Wohnungen braucht Berlin wirklich?
Seite 4

Her mit einem richtigen Fünfjahresplan! Worauf es bis 2026 in Berlin ankommt
Seite 5

BUNDJUGEND

Bessere Jugendbeteiligung in Brandenburg? Wie ein Klimaplan entsteht
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Wölfe gucken gehen im Naturpark Schorfheide
Seite 7

ÖKOTIPP

Vögel füttern im Winter
Seite 7

KURZ & BUND

Plastikfasten
Seite 8

Wildtiere in Zahlen
Seite 8

INFO

WALD UND WILD

Der Brandenburger Wald leidet unter Trockenheit. Wie der Waldzustandsbericht 2021 zeigt, sind 20 Prozent der Kiefern deutlich geschädigt, 2018 waren es nur 9 Prozent. Weil Laubmischwälder einen deutlich günstigeren Wasserhaushalt haben, fordert der BUND einen schnelleren Waldbau. Bei dem gegenwärtigen Tempo würde es über 230 Jahre dauern, bis der Wald so umgebaut ist, dass er mit der Erderhitzung besser zu recht kommt. Schneller geht es, wenn sich Laubbäume durch Naturverjüngung ausbreiten können. Dies ist aufgrund der hohen Wilddichte derzeit kaum möglich. Effektiverer Jagd sollte dieses Problem reduzieren.

VOGELSCHLAG IM REGIERUNGSVIERTEL

Eine neue BUND-Broschüre untersucht Bauten des Berliner Regierungsviertels auf das Kollisionsrisiko für Vögel und präsentiert Möglichkeiten, Vogelschlag an Glasfassaden zu vermeiden. www.BUND-Berlin.de/vogelschlag

WEIDEHALTUNG UND WOLF?

Naturschutz-, Tierschutz-, Nutztierhalter- und Jagdverbände empfehlen einheitliche Standards zum Herdenschutz, um die Koexistenz von Wölfen und Weidetieren zu sichern. www.kurzelinks.de/plattform-weidetierhaltung

WISENT UND WOLF

Wissenswertes über die (mögliche) Rückkehr der beiden Wildtierarten tragen zwei BUND-Broschüren zusammen. www.BUND-Brandenburg.de/publikationen

INSEKTENATLAS

Der 2020 erschienene Insektenatlas von BUND, Heinrich-Böll-Stiftung und Le Monde Diplomatique enthält jede Menge Daten und Fakten. www.BUND.net/insektenatlas



Foto: Sebastian Petrich

Allein in Brandenburg sind seit 2020 über 2.300 Wildschweine an der Afrikanischen Schweinepest gestorben.

JAGEN STATT EINZÄUNEN

Seit über einem Jahr wütet die Afrikanische Schweinepest in Brandenburg. Die Versuche, die Seuche mit Zäunen aufzuhalten, sind gescheitert. Jetzt hilft nur noch eines: Die Wildschweinpopulation muss deutlich kleiner werden.

Schwäche, Appetitlosigkeit, Fieber, Durchfall, Husten, Blutungen: Für Haus- und Wildschweine ist die Afrikanische Schweinepest (ASP) hoch ansteckend und in den meisten Fällen nach spätestens einer Woche tödlich. Übertragen wird die Krankheit von Schwein zu Schwein, über Zecken sowie über Ausscheidungen und Kadaver. Für Menschen dagegen ist die ASP ungefährlich. Eine Ansteckungsgefahr besteht nicht und der Verzehr von infizierten Haus- und Wildschweinen ist völlig unbedenklich. Seit die Tierseuche Mitte 2020 ihren Weg über Polen nach Deutschland fand, fielen ihr über 3.100 Wildschweine zum Opfer, die meisten von ihnen in Brandenburg und Sachsen.

Um eine Einwanderung infizierter Wildschweine und vor allem ein Übergreifen auf Hausschweinbestände zu verhindern, lieben die Landesregierungen von Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern einen massiven Wildtierzaun entlang der Grenze zu Polen bauen. Im Herbst 2021 entstand etwas weiter westlich eine zweite Zaunreihe, der Zwischenraum soll ein wildschweinfreier Korridor werden. Geholfen haben diese Maßnahmen wenig, der Virus breitet sich weiter in Richtung Westen aus und erreichte die ersten Schweinemastanlagen. In Brandenburg infizierten sich mittlerweile drei Hausschweine kleinerer Betriebe, über 200 wurden vorsorglich getötet.

Risikofaktor Wurstbrot

Die erste Infektion in der Massentierhaltung trat Mitte November auf – im Landkreis Rostock, rund 200 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Wie das Virus in den Stall mit den über 4.000 mittlerweile gekeulten Mastschweinen gelangen konnte, ist noch unklar, ein direkter Kontakt mit einem infizierten Wildschwein dürfte jedoch ausgeschlossen sein. Auf natürlichem Weg verbreitet sich die Seuche jährlich nur rund 20 Kilometer. Damit treten nun die mit Menschen verbundenen Ausbreitungswege der ASP in den Vordergrund.

Das langlebige Virus kontaminiert alles, was mit einem infizierten Tier in Berührung kommt: das Erdreich und infolgedessen die Schuhe von Waldspaziergänger*innen, vor allem aber Wurst- und Fleischwaren. In tiefgefrorenem Schweinefleisch überlebt der ASP-Erreger fast drei Jahre. Ein am Rastplatz achtlos weggeworfenes Wurstbrot, das später von einem Wildschwein verzehrt wird, trägt genauso zur Verbreitung bei wie Fleischreste, die an Hausschweine verfüttert werden.

Da nun wie im Dezember im mecklenburgischen Landkreis Ludwigslust immer mehr Fälle fernab der polnischen Grenze gemeldet werden, erscheinen die errichteten Wildtierzäune als ASP-Barriere obsolet. Leider hat sich die Befürchtung des BUND, der Zaun werde sich wie sein Pendant an der dänischen Grenze als tödliche Falle für andere Wildtiere erweisen, bestätigt. So hatte der RBB schon Anfang 2021 verletzten Reh dokumentiert. Auch für streng geschützte Arten wie Biber, Otter, Wolf, Wisent und Elch stellt der Zaun ein Hindernis und eine potenzielle Gefahr dar. Der BUND fordert daher, den Zaun an der Oder abzubauen. Stattdessen sollte der Maisanbau, der maßgeblich für das starke Wachstum der Wildschweinpopulationen der letzten Jahre verantwortlich ist, in den Regionen mit ASP-Infektionen stark reduziert werden.

Vor allem aber ist die Jägerschaft gefragt. Die Politik sollte die Jäger*innen ermutigen, auch mit Drückjagden, bei denen die Jagenden das Wild möglichst langsam in Richtung der Schütz*innen bewegen, um diesen einen sicheren Schuss zu ermöglichen, und dem Abschuss von Bachen den Wildschweinbestand zu verkleinern. Wildfütterungen, sogenannte Kurrungen, müssen sofort aufhören. Dies dürfte sich als wesentlich effektiver und für gesunde Wildtierpopulationen dienlicher erweisen, als immer wieder mit neuen Zäunen die Interessen der Fleischindustrie zu schützen. Denn diese wurde von der Tierseuche deutlich beeinträchtigt: Mit China hat der weltgrößte Abnehmer von Schweinefleisch den Import aus Staaten mit ASP-Fällen verboten. *sp*



von Carsten Preuß, Franziska Sperfeld und Julia Epp

Liebe Leser*innen,

welches Tier fällt Ihnen beim Stichwort „Artensterben“ ein? Vielleicht ein in Deutschland immer seltener vorkommender Wiesenvogel wie die Bekassine? Oder das Nördliche Breitmaulnashorn, dessen letztes männliches Exemplar 2018 in Kenia verstarb? Oder ein als Beifang in Fischernetzen verendeter Hai? Die Liste der möglichen Antworten ist leider viel zu lang, um sie hier aufzuführen.

Stattdessen wollen wir als unverbesserliche Optimist*innen Ihre Aufmerksamkeit auf Arten in unserer Region lenken, deren Situation sich deutlich verbessert hat. Wölfe und Biber wurden im 20. Jahrhundert ganz beziehungsweise bis auf eine winzige Restpopulation ausgerottet, bevölkern jetzt aber wieder ihre angestammten Lebensräume – weil ihre Unterschutzstellung funktioniert hat. Nun müssen wir Menschen lernen, mit diesen Wildtieren umzugehen, ohne ihre Existenzberechtigung gleich wieder infrage zu stellen.

Biodiversität ist ein großer Gewinn, der aber erarbeitet werden muss: unter anderem mit Rücksichtnahme auf Wildtiere. Daran werden wir als BUND die Politik auch 2022 hartnäckig erinnern.

In dieser BUNDzeit-Ausgabe grüßt Sie ein neues Gesicht – gestatten Sie: Julia Epp, seit Ende letzten Jahres Vorsitzende des BUND Berlin.

Wir wünschen Ihnen ein gesundes und glückliches Jahr 2022!

C. Preuß *Franziska Sperfeld* *Julia Epp*
Vorsitzender BUND Brandenburg Vorsitzende BUND Brandenburg Vorsitzende BUND Berlin

„FASSADENBETIERUNG SOLLTE STANDARD SEIN“

Landschaftsarchitekt Thomas E. Hauck über Bedürfnisse von Wildtieren in der Stadt, ästhetische Vorstellungen von Menschen und die Planungsmethode Animal-Aided Design

BUNDzeit: Seit Jahren reden wir über die Rückkehr der Wildtiere in die Stadt. Aber waren die Tiere wirklich weg?

Thomas E. Hauck: Nein, es ist nur ein Konstrukt aus dem klassischen dichotomen Denken der Moderne, dass Tiere in der Stadt nichts verloren haben. In der Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts war es sehr wichtig, hygienische Bedingungen herzustellen, und viele Tiere sind nun einmal Vektoren von Krankheiten. Das hat dazu geführt, dass auch Nutztiere verdrängt und beispielsweise Schlachthöfe an den Stadtrand verlagert wurden. Wildlebende Tiere hat man gar nicht oder als deplatziert im urbanen Raum wahrgenommen. Im westlichen Kulturverständnis ist die traditionelle Kulturlandschaft der Ort einer harmonischen Beziehung zwischen Mensch und Tier.

Sie haben Animal-Aided Design (AAD) maßgeblich mitentwickelt, was sich wörtlich mit „von Tieren unterstützte Gestaltung“ übersetzen ließe. Inwieweit können Tiere bei Architektur und Stadtplanung helfen?

AAD wendet sich als Methode an Architekt*innen und Planer*innen, die Biodiversität nicht unbedingt als Planungsziel haben. Die Idee ist, die Bedürfnisse von Tieren in die Gestaltung zu integrieren, aber nicht als eine Belastung, sondern als Inspiration und Bereicherung. Mit der Bezeichnung AAD spielen wir auf Computer-Aided Design (CAD) an. AAD soll helfen, Habitate für wildelebende Tiere dort herzustellen, wo derzeit keine sind.

Auf welcher Ebene bewegen wir uns hier?

Das kann ein einzelnes Gebäude, ein Park oder Garten oder ein ganzes Viertel sein, in Berlin momentan das geplante Schumacher-Quartier am ehemaligen Flughafen Tegel. Da schauen wir, ob Lebensräume vernetzt sind, wie Hindernisse abgebaut werden können und welche städtebauliche Struktur für bestimmte Zielarten passt.

AAD berücksichtigt den gesamten Lebenszyklus der Tiere. Was bedeutet das genau?

In den verschiedenen Lebensphasen, etwa Brut, Überwinterung, Balz und Paarung, können die Bedürfnisse der Tiere unterschiedlich sein. Einen Nistkasten aufzuhängen, reicht nicht, wenn den Vögeln in der Umgebung die Nahrung fehlt. Man muss wissen, dass zum Beispiel Hausperlinge ihr Futter in der Regel nur in einem bestimmten Umkreis suchen. Wenn dort kein Futter vorhanden ist, funktioniert die Brut nicht. Man sollte alles mitbedenken, damit die Tiere ein gutes Leben haben können. Das reicht bis zu den Ausbreitungsmöglichkeiten, um keine ökologischen Fallen zu produzieren. Wenn ich ein Gewässer habe, in dem Brut stattfindet, aber abwandernde Tiere auf Straßen umkommen, wäre das nicht sinnvoll.

Welchen Arten machen Sie mit AAD ein Angebot?

Wir gehen vom regionalen Artenpool aus, den wir in einem Radius von 20 Kilometern ums Projektgebiet durch die Auswertung von Kartierungsdaten erfassen. Dann haben wir eine Merkmalsmatrix, die von ästhetischen Kriterien und der Wahrnehmbarkeit der Art über den Schutzstatus bis zur Kategorie „Nützlichkeit“ reicht. Am wichtigsten aber sind die biologischen Kriterien: Ist die Ansiedlung überhaupt möglich? Können wir die Habitatstrukturen bereitstellen? Ein einfaches Beispiel: Wenn es am Planungsort nicht möglich ist, Wasser bereitzustellen, kann ich nicht mit Amphibien planen. Mit den ermittelten potenziellen Zielarten gehen wir zu den Auftraggeber*innen, die im besten Fall einen breiten Partizipationsprozess starten, in eine Art Multi-Spezies-Quartiersentwicklung. Am Ende leben dort Menschen mit den Tieren zusammen, was nicht immer unproblematisch ist. Da gibt es Bedenken und Ängste, etwa vor Spinnen oder verschmutzten Fassaden.

Welche Zielarten hätte AAD in einem typischen Berliner Altbauquartier?

Auf jedem Fall Mauersegler und die typischen Fledermausarten, außerdem Haussperlinge, Hausrotschwanz, Meisenarten, Turmfalke, Star, eventuell Schwalbenarten,

Dohlen und Wildbienen, wenn Wasser in der Nähe ist auch Libellen. An der innerstädtischen Spree ist natürlich der Biber eine spannende Zielart. Der wird sich dort nicht ansiedeln, aber man könnte das Ufer als Rastplatz gestalten.

Sind die nötigen Änderungen an der Infrastruktur aufwendig?

Eher nicht. Die Maßnahmen an den Häusern für Wandbetrierung, wie wir integrierte Quartiere für Fledermäuse und bestimmte Vogelarten nennen, sind recht einfach. In den Freiflächen neben den Häusern ist es schwieriger, dort benötigen wir für viele Tierarten Pflanzen, die symbolisch für Verwahrlosung stehen. Die ästhetischen Vorstellungen vieler Menschen sind stark von Sauberkeit geprägt, es soll gepflegt aussehen. Tiere haben andere Bedürfnisse. Zum Beispiel der Igel, der braucht Laub und andere Vegetationsreste, gern auch mal im Haufen aufgeschichtet. Deswegen ist es wichtig, die Menschen mit einzubeziehen. Man muss sprechen, überzeugen und Verbündete finden. Und es ist mehr möglich, als man glaubt, denn es gibt ein großes Bedürfnis nach Naturerleben im nahen Umfeld. Das hat auch mit Umweltgerechtigkeit zu tun, schließlich können nicht alle aus der Stadt rausfahren.

Welche Maßnahmen nutzen möglichst vielen Arten?

Richtig gemachte extensive Dachbegrünung mit Totholz, Anhögelungen und Substrataufbau mit einer Tiefe von mindestens zwölf Zentimetern, weil in trockenen Sommern sonst das Bodenleben abstirbt. Das sollte Standard sein, ebenso die Fassadenbetrierung und bodengebundene Fassadenbegrünung. Und natürlich Maßnahmen gegen Vogelschlag. Wir sagen zu den Auftraggeber*innen immer: Bevor ihr Wohltaten für Tiere plant, sorgt erst einmal dafür, dass ihr sie nicht umbringt! Gerade bei Bürogebäuden sind die für Vögel gefährlichen großflächigen und oft spiegelnden Glasfassaden ein Symbol für innovative Architektur.

Bietet die Verkehrswende neue Chancen für Wildtiere in der Stadt?

Ich hoffe, dass der städtische öffentliche Raum künftig gerechter aufgeteilt wird, sodass wir mehr Bäume und generell mehr Grün in die Städte bekommen – und dabei nicht allein auf die klimatischen Effekte, sondern auch auf die Artenvielfalt schauen. Die Synergien sind offensichtlich. Daher muss man bei der Umgestaltung der Verkehrsflächen überlegen: Welche Bäume pflanzt man? Wie legt man Versickerungs- und Verdunstungsflächen an? Wie vernetzt man Habitate und baut Barrieren ab? Wir haben im Straßenraum ein großes Potenzial für Biodiversität.

Wo können wir AAD in der Praxis erleben?

Ein seit Kurzem bewohntes Neubaugebiet in München-Laim konnten wir wildtierfreundlich gestalten. Darüber hat der Bayerische Rundfunk eine Dokumentation gemacht, zu sehen unter www.kurzelinks.de/aad-laim

Das Interview führte Sebastian Petrich



ZUR PERSON

Thomas E. Hauck ist Landschaftsarchitekt. Zusammen mit Prof. Dr. Wolfgang W. Weisser von der TU München, Lehrstuhl für Terrestrische Ökologie, forscht er zu Animal-Aided Design. 2020 gründeten sie das Studio Animal-Aided Design um zu prüfen, ob sich Gestaltung mit Tieren in der Praxis realisieren lässt. Thomas Hauck leitet das Planungsbüro Polinna Hauck Landscape+Urbanism. Er hat zusammen mit Susann Ahn die Professur für Landschaftsarchitektur und Landschaftsplanung am Institut für Städtebau, Landschaftsarchitektur und Entwerfen an der Technischen Universität Wien inne.

www.animal-aided-design.de

MITMACHEN

AMPHIBIENWELTEN ERKUNDEN

Lernen Sie Amphibien wie Kammolch, Teichfrosch und Rotbauchunke kennen. Wie leben sie, wie identifizieren wir ihre Rufe im Frühjahr, wie wirkt die Erderwärmung auf sie und wie können wir ihre Lebensräume erhalten? Diesen Fragen geht die Exkursion unter der Leitung des Herpetologen Manfred Wolf auf den Grund. Bitte mitbringen: Gummistiefel, Kescher, Sitzkissen, Stirn- oder Taschenlampe, Gummihandschuhe, Essen und Trinken für den Tag sowie die aktuell erforderlichen Nachweise zum Schutz vor Corona.

7.5.2022, 11–19 Uhr, Naturschutzstation Rhinluch, Nauener Straße 68, Fehrbellin

WILDTIERFREUNDLICHE STADTPLANUNG

Wie können ökologische Nischen an Gebäuden hergestellt werden? Was muss auf politischer Ebene passieren, um das Animal-Aided Design flächendeckend zu implementieren? Wo stehen derzeit die größten Hürden? Was kann jede*r einzelne tun? Das klärt eine Gesprächsrunde des BUND-Arbeitskreises Stadtnatur mit Thomas E. Hauck (siehe Interview auf dieser Seite).

4.4.2022, 18 Uhr, Zoom www.BUND-Berlin.de/termine

WANDERAUSSTELLUNG AUSZULEIHEN

Mit zehn Roll-ups (85 cm × 200 cm) informiert die Ausstellung „Wolf, Biber, Elch und Co“ über Biologie, Lebensweise und Vorkommen der großen heimischen Säugetiere sowie über Mensch-Tier-Konflikte und deren Lösungsmöglichkeiten. Der BUND verleiht die mit ELER- und Landesmitteln geförderte Ausstellung gern auch zusammen mit der Wanderausstellung „Der Elbebiber in Brandenburg“. Kontakt: BUND.Brandenburg@BUND.net

KEINE LEGEHENNEN IN GROSS SPERRENWALDE

Die seit 2014 andauernde juristische Auseinandersetzung um 40.000 Legehennen in Groß Sperrenwalde (Uckermark) ist entschieden: Die Massentierhaltungsanlage darf nicht genehmigt werden. Der BUND hatte Widerspruch dagegen eingelegt, weil die zu erwartende Stickstoffbelastung einen nahegelegenen Flattergras-Buchenwald bedroht.

MIT BAUGESETZ GEGEN MASSENSTÄLLE

Der BUND fordert eine Änderung des Baugesetzes auf Bundesebene, sodass Gemeinden die Errichtung von Massentierhaltungsanlagen auf ihrem Gebiet beschränken können. Anlagen für mehr als 40.000 Geflügel, 2.000 Mast Schweine oder 6.000 Ferkel sollen als „industrielle Tätigkeit“ gewertet werden. www.BUND-Brandenburg.de/baugesetz

FLÄCHENVERBRAUCH DRASTISCH GESTIEGEN

In Brandenburg wird immer mehr Fläche versiegelt. Während der tägliche Flächenverbrauch zwischen 2011 und 2019 bei drei Hektar lag, stieg er zwischen 2019 und 2020 mit 7,7 Hektar auf mehr als das Doppelte. Deutschlandweit werden jeden Tag 52 Hektar Fläche neu versiegelt.

NACHHALTIGE CLUBKULTUR

Gemeinsam mit Clubs und Veranstaltern aus Berlin hat die Initiative Clubtopia, an der der BUND beteiligt ist, eine freiwillige Selbstverpflichtung zum klimafreundlichen Handeln in der Clubszene entwickelt. Dieser Code of Conduct soll die Clubkultur in eine grüne Zukunft führen: Er definiert konkrete Nachhaltigkeitsziele und schlägt praktikable Maßnahmen vor. www.zukunft-feiern.de



Foto: Sebastian Petrich

Bauen, bauen, bauen: Allein im Spandauer Ortsteil Gartenfeld entstehen derzeit 3.700 neue Wohnungen.

WIE VIELE WOHNUNGEN BRAUCHT BERLIN WIRKLICH?

Für die neue Legislaturperiode hat sich der Senat ganz dem Wohnungsneubau verpflichtet. Eine BUND-Analyse zeigt jedoch, dass die Zahlen hinter den Regierungsplänen mit größter Vorsicht zu genießen sind.

Für die Zeit bis 2030 gibt die rot-grün-rote Koalition in Berlin ein Neubauziel von 200.000 Wohnungen insgesamt und 20.000 pro Jahr aus. Rund 51.000 Wohnungen sollen laut Koalitionsvertrag in 16 neuen Stadtquartieren entstehen. Diese Neubaupläne haben enorme ökologische Auswirkungen: Bodenversiegelung, Verlust von Biodiversität und kühlendem Grün, hoher Energieaufwand bei der Zementherstellung und neue Verkehrsströme. Nicht zuletzt bindet Neubau finanzielle und personelle Ressourcen, die sinnvoller in den Umbau und in die energetische Sanierung der Bestandsgebäude investiert wären. Deshalb ist es für den BUND eine naheliegende Aufgabe, die den wohnungspolitischen Zielen zugrunde liegenden Zahlen kritisch zu hinterfragen.

Mit welchem Rechenmodell der Wohnungsbedarf ermittelt wird, legt der Stadtentwicklungsplan (StEP) Wohnen 2030 aus dem Jahr 2019 fest. Dieser rechnet mit einer Bevölkerungszunahme um 383.000 Personen auf 3,85 Millionen Einwohner*innen von 2013 bis 2030. Unter der Annahme einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,75 Personen und angesichts von knapp 40.000 neugebauten Wohnungen zwischen 2013 und 2016 bezifferte der StEP den Bedarf auf 194.000 Wohnungen bis 2030. Weitere 68.000 neue Wohnungen kamen zwischen 2017 und 2020 hinzu, sodass der aus dem StEP abgeleitete Bedarf ab 2021 126.000 betrug.

ANZEIGE



Osterferien im Wald
11. - 14. April 2022 (jewe. 9-16 Uhr)
von 8-12 Jahre

Anmeldung:
www.bundjugend-berlin.de

Diese Menge teilt sich wiederum in „Entlastungsbedarf“ für bestehende Knappheit und „Wachstumsbedarf“ für die prognostizierte demografische Entwicklung auf. Nach einer neuen Prognose von 2019 sollte die Bevölkerung bis 2030 auf 3,92 Millionen wachsen, was den Wohnungsbedarf im StEP-Modell um 41.600 erhöhte. Weil die Zahl der Einwohner*innen 2019/2020 jedoch stagnierte, korrigierte die bis Ende 2021 von den Linken geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung den Bedarf wieder nach unten, sodass eine Zahl von rund 121.000 ab 2022 zu bauenden Wohnungen übrigblieb.

SPD setzt auf veraltete Bevölkerungsprognose

Wie kommt nun die Zahl 200.000 in den Koalitionsvertrag? Hier hat sich die SPD durchgesetzt, deren „Fachausschuss Soziale Stadt“ mit der überholten Bevölkerungsprognose von 3,96 Millionen im Jahr 2030 rechnet und unter Annahme eines höheren Leerstands einen Bedarf von bis zu 253.000 Wohnungen zwischen 2018 und 2030 ermittelt, von denen bislang 52.000 gebaut wurden. Die zweite mit der demografischen Entwicklung verbundene Variable ist die Haushaltsgröße, die zwischen 2012 und 2019 von 1,75 auf 1,79 stieg. Viele der in den vergangenen Jahren zugewanderten jüngeren Menschen sind nun in ihre Verpartnerungs- und Reproduktionsphase eingetreten. Dieser Trend soll laut Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamts anhalten, sodass bis 2030 eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 1,80 realistisch sein dürfte. Damit sinkt der vom Senat ermittelte Bedarf von 121.000 Wohnungen um rund 39.000. Wobei eine wachsende Haushaltsgröße zwar weniger, dafür aber tendenziell größere Wohnungen erforderlich macht.

Dem Bedarf stellt der StEP ein Baupotenzial von 199.000 Wohnungen gegenüber, von denen 42.000 als „kleinteilig“ gelten. Das sind vor allem aufgefüllte Baulücken, ausgebauter Dachgeschosse, Aufstockungen et cetera. Zusammen mit den 65.000 bereits genehmigten oder im Bau befindlichen Wohnungen sollte das kleinteilige Potenzial ausreichen, den Bedarf an Neubauwohnungen in Berlin zu decken. Notwendig wäre allerdings eine transparente Darstellung des Wohnflächenpotenzials, wie es Hamburg schon vorbildlich tut. Und noch wichtiger: Rot-Grün-Rot darf sich nicht länger auf den Neubau als Allheilmittel verlassen. Stattdessen muss der Bestand effizient genutzt werden, zum Beispiel durch Wohnungstauschbörsen, erleichterte Untervermietung und Unterstützung für Umbauten. Sonst wird es Berlin sehr, sehr schwer haben, seine Klimaziele zu erreichen.

Die vollständige Analyse unter www.BUND-Berlin.de/neubau

HER MIT EINEM RICHTIGEN FÜNF-JAHRESPLAN!

In ihrem Koalitionsvertrag versprechen die rot-grün-roten Regierungsparteien im Wesentlichen, den bisherigen Kurs beizubehalten. Dieser enthält einige fortschrittliche Momente, aber in vielen wichtigen ökologischen Fragen mangelt es der Koalition an Ehrgeiz und Entscheidungsfreude. Hoch problematisch ist die Fixierung auf den Neubau. Lesen Sie hier, worauf es nach Auffassung des BUND bis 2026 in Berlin ankommt.

In den nächsten fünf Jahren entscheidet sich, ob Berlin seine Klimaziele erreicht und endlich wirksame Schritte gegen Biodiversitätsverlust und Ressourcenverschwendung unternimmt. Der dafür nötige sozial-ökologische Stadtumbau ist eine gigantische Querschnittsaufgabe, die alle Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene betrifft. Es wird spannend, ob, wann und wie Rot-Grün-Rot (RGR) sein Versprechen hält, ein mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibles CO₂-Budget festzulegen und auf die relevanten Sektoren Energieversorgung, Gebäude, Wirtschaft und Verkehr zu verteilen. Aber auch die Nichtregierungsorganisationen und Bürger*innen müssen sich engagieren, denn ohne Druck aus der Zivilgesellschaft wird es nicht funktionieren.

Naturschutz: Grüne Infrastruktur bewahren

RGR bekennt sich zwar zum Ziel „Netto-Null-Versiegelung“, aber erst ab 2030. Hinsichtlich des Flächenverbrauchs und der Vernichtung des Stadtgrüns verheißt der Koalitionsvertrag wenig Gutes. Die kurz vor Ende der letzten Legislatur von der SPD blockierte „Charta Stadtgrün“ will die Koalition zwar beschließen, bei Friedhofs-, Landwirtschafts- und Brachflächen aber eine „Abwägung mit entgegenstehenden anderen erheblichen öffentlichen Interessen“ vornehmen. In der Praxis schützt die Charta die Stadtnatur nicht, wenn jemand bauen möchte. Dabei bedeutet klimagerecht bauen doch nicht nur energiesparend, sondern auch flächenschonend bauen. Was außerdem bis 2026 wichtig wird: regelmäßige Kartierungen der Wildtiere und ihrer Habitate, ein ebenso energiesparendes wie insektenfreundliches Beleuchtungssystem, der Umbau der Berliner Wälder zu hitzeresistenten Mischwäldern, bessere Pflege der Stadtbäume und eine Ausdehnung der Baumschutzverordnung auf Park- und Obstbäume.

Abfall: Zeit für Zero Waste

Müll produzieren und verbrennen ist ein großes Klimaproblem, daher braucht Berlin klare Ziele, die auch ins Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) aufgenommen werden: Bis 2030 soll die Restmüllmenge pro Kopf und Jahr auf 150 Kilo schrumpfen und bis 2045 auf 50 Kilo. Daraus folgt: weniger Müllverbrennung und mehr Bioabfallverwertung in einer (im Koalitionsvertrag erwähnten, aber noch längst nicht gebauten) zweiten Biogasanlage! Für die Restmülldeponie braucht es deutlich mehr Abfallberatung, Umweltbildung und Ansprache aller Haushalte. Da von Bundes- und EU-Seite zu wenig gegen den Verpackungswahnsinn passiert, soll Berlin eine Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen für To-go-Gastronomie einführen und mit den Erlösen Mehrwegsysteme unterstützen. Um die Vermüllung des öffentlichen Raums zu stoppen, soll es mehr Kiezsperrmülltermine geben. Bei diesen Abholungen und in allen Recyclinghöfen soll Brauchbares aussortiert und dem BSR-Secondhand-Kaufhaus NochMall zugeführt werden.

Energie: Fossilarm heizen

RGR bekennt sich zum Kohleausstieg möglichst vor 2030. Das ist gut. Nun gilt es zu verhindern, dass Erdgas und Müll die neue Kohle werden. Die größte Herausforderung ist die sozialverträgliche energetische Gebäudesanierung, für die der Senat dringend eine Gesamtstrategie erarbeiten muss – immer unter der Maxime „umbauen, nicht abreißen“. Nur wenn die Heizwärme nicht sinnlos verpufft, lohnt es sich überhaupt, die zweitgrößte Herausforderung anzugehen, die Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energien. Berlin muss sein großes Potenzial aus Solarthermie, Abwärme, Geothermie und nachhaltiger Biomasse nutzen, deren Anteil derzeit bei nur zwei Prozent liegt. Der BUND warnt davor, sich allzu sehr auf Wasserstoff als Energiequelle zu verlassen – sollte dieser später nicht in der notwendigen Menge und nicht zu angemessenen Preisen verfügbar sein, würden mit fossilem Erdgas betriebene Kraftwerke auf Jahre die Berliner Wärme erzeugen müssen. Das gilt es zu vermeiden.



Foto: Sebastian Petrich

Bauen, bauen, bauen: Was Berlin braucht, ist ein Abrissverbot.

Wasser: WRRL umsetzen

Statt Berlin zur Schwammstadt zu machen, die dank gespeichertem Wasser besser mit Starkregen und Hitzeperioden umgehen kann, hat RGR einen Koalitionsvertrag vereinbart, der in Sachen Wasser selbst ziemlich schwammig bleibt und in einigen Punkten sogar Rückschritte bringt, etwa bei den nach unten korrigierten Zielen bei der Entkopplung des Regenwassers von der Mischwasserkanalisation. Zwar erwähnt das Dokument die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), deren Ziele bis 2027 erreicht werden müssen, sagt aber nichts zur Umsetzung. Dabei bräuchte es dafür einen ressortübergreifenden Aktionsplan und Investitionen in den Gewässerschutz. Apropos Geld: Die Landesregierung muss für die Entnahme von Oberflächenwasser etwa für die Kühlung von Kraftwerken Entgelt verlangen, die Wasserpreise für Verbräucher wie zum Beispiel Rasensprengen und Poolbefüllen, die über den täglichen Bedarf hinausgehen, anheben und die Einnahmen für den Gewässerschutz ausgeben. Weitere wichtige Aufgaben bis 2026: Mindestgrundwasserstände zum Schutz der wasserabhängigen Schutzgebiete wie zum Beispiel Moore festlegen und direkte Regenwassereinleitung in die Mischwasserkanalisation senken, um bei Starkregen Überläufe von Fäkalien in unsere Gewässer zu verhindern.

Mobilität: Abschied von der Autostadt

Mehr Busse, neue Tram- und S-Bahnstrecken, Ausbau der Fahrradinfrastruktur, Barrierefreiheit und Verkehrsberuhigung sowie die Absage an die A100-Verlängerung über den Treptower Park hinaus: Die verkehrspolitische Agenda von RGR ist in vielerlei Hinsicht fortschrittlich und ambitioniert, aber noch lange nicht vor BUND-Kritik sicher. Konfliktreich wird es bei Straßenbauprojekten wie bei der Tangentialen Verbindung Ost (TVO) durch die Wuhlheide und extrem teuren, langwierigen und in der Klimabilanz kontraproduktiven U-Bahnstrecken. Besonders unsinnig wäre eine Verlängerung der U7 zum BER, schließlich ist und bleibt der Luftverkehr ein Super-Klimakiller, daran ändert auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Augenwischerei eines „klimaneutralen Flughafens“ nichts.

Alle BUND-Forderungen unter www.BUND-Berlin.de/rgr



Foto: Sebastian Petrich

Bauen, bauen, bauen: Mit neuen Autostraßen schneller zum Klimakollaps

WIDERSPRUCH GEGEN KRAFTWERK KRAMPNITZ

Erster Erfolg im Streit um das fossile Blockheizkraftwerk in Potsdam-Krampnitz: Das kommunale Versorgungsunternehmen EWP wollte den Umbau des ehemaligen Heizhauses zu einem Gasheizkraftwerk beginnen, bevor über den Widerspruch des BUND gegen die Genehmigung entschieden ist. Dies hat das Landesamt für Umwelt nun untersagt. Der BUND argumentiert, dass das Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf und bauplanungsrechtlich unzulässig ist, weil geschützte Biotop und das benachbarte FFH-Gebiet Döberitzer Heide beeinträchtigt werden und es dem Klimaschutzgesetz widerspricht.

MEHRWEG FÜR EIN SAUBERES NEUKÖLLN

Um den wachsenden Müllbergen zu begegnen, hat das Bezirksamt Neukölln im Rahmen der Bewegung „Schön wie wir“ eine Mehrwegberatung ins Leben gerufen. Der BUND übernahm Teile davon und beriet zusammen mit dem Öko-Institut, der TU Berlin und Yeşil Çember 2020 und 2021 insgesamt 101 Gastronomiebetriebe in Sachen Mehrwegnutzung.

DAS PLASTIKFREIE FRÜHSTÜCKSTABLETT

Krankenhäuser sind kleine Städte, deshalb bemüht sich der BUND seit Jahren, zusammen mit den Beschäftigten die Klimabilanz von Kliniken zu verbessern. Eine Berliner Rehaklinik hat sich nun einiges einfallen lassen, um weniger Einwegplastik bei der Verköstigung der Patient*innen zu verbrauchen.

www.umweltzoneberlin.de/2022/01/05

ZERO-WASTE-PODCAST

Der Zero-Waste-Team hat eine Serie von Podcasts zu Abfallfragen veröffentlicht. Diese und mehr Videos stehen auf dem Youtube-Kanal des BUND Berlin. www.kurzlinks.de/bund-videos-berlin



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

TERMINE

BERLIN

JUGENDGRUPPENLEITER* INNEN-SCHULUNG (JULEICA)

Du arbeitest gern mit Kindern und Jugendlichen und möchtest eigene Seminare leiten oder Freizeiten betreuen? Dann werde Jugendgruppenleiter*in! 25.–29.5.2022

DIY-WORKSHOP „SAUBER SAUBER SEIN“

Vermeide Plastik im Badezimmer mit einfachen Rezepten, die Du sogar zuhause nachmachen kannst. Februar/März

FASTENZEIT

Du kannst nicht nur klassisch religiös fasten, sondern auch klimafasten. Dafür überlegt sich der AK KLar noch eine spannende Aktion. 2.3.–15.4.2022

BUNDJUGEND BAR

Treffpunkt für Aktive und Interessierte, wo wir uns kennenlernen und unterhalten. 4.3. + 1.4. + 3.5.2022

TAUSCHMARKT AM FASHION REVOLUTION DAY

Um dem Fast-Fashion-Trend zu trotzen, veranstalten wir einen Tauschmarkt. Du kannst Deine gebrauchte Kleidung gegen andere tauschen. 24.4.2022

BRANDENBURG

NERD NIGHT

Workshop-Format, das immer zu Neumond stattfindet, bei dem wir „Umweltnerds“ eine Bühne für „nerdiges“ Umweltwissen geben. 2.3. + 1.4. + 30.4.2022

KLIMAKRITISCHE STADTFÜHRUNG

Die Tour durch Eberswalde zeigt, wie klimagerecht die Stadt ist und wo sich etwas ändern muss. 26.3.2022

CAPTURE THE FLAG CAMP

Du bist ein*e Teamplayer*in, möchtest Deine Achtsamkeit schulen und die Natur verstehen lernen? Dann sei dabei! 11.–15.4.2022

HIMMELFAHRTS- WANDERUNG

Wandern und Kanufahren mit Aktiven aus ganz Brandenburg. 16.–29.5.2022

WEITERE INFOS

www.BUNDjugend-berlin.de/termine und www.BUNDjugend-brandenburg.de/termine

BESSERE JUGENDBETEILIGUNG IN BRANDENBURG?

Als eines der letzten Bundesländer will Brandenburg endlich einen Klimaplan erstellen und dabei die Öffentlichkeit mit einbeziehen. Das ist wichtig, denn Politiker*innen sollten solche bedeutsamen Entscheidungen nicht allein treffen dürfen. Entschieden wird über die Zukunft der Jugend. Deshalb stellt sich die Frage, ob diese angemessen in den Prozess eingebunden ist.

Kinder und Jugendliche sollen laut UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Mitbestimmung und Beteiligung bei allen Fragen haben, die sie betreffen. Wichtig ist, dass Kinder und Jugendliche gehört werden und ihre Ideen ernsthaft berücksichtigt und diskutiert werden.

Um zu erfahren, wie die Jugendbeteiligung bei der Erstellung des Brandenburger Klimaplans aussieht, sprechen wir mit Anton. Seit Jahren kämpft er im Namen der BUNDjugend Brandenburg und nun auch innerhalb des Jugendforums Nachhaltigkeit für mehr Umweltschutz. Dieses Forum hat das Umweltministerium ins Leben gerufen, um engagierten Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich auf politischer Ebene für grüne Themen einzusetzen. Sie haben einen Forderungskatalog erstellt, in dem sie für sie wichtige Themen auflisten.

Der Brandenburger Klimaplan legt fest, mit welchen Strategien und Maßnahmen das Ziel Klimaneutralität bis 2045 erreicht werden kann. Zusätzlich wird darauf aufbauend eine Energiestrategie erstellt, denn der Braunkohleabbau der Lausitzer Energie AG (LEAG) steht der notwendigen Klimaneutralität im Weg. Aus diesem Grund soll geklärt werden, wie Berlin und Brandenburg zukünftig mit Energie versorgt werden können. Die beiden Pläne werden von der Politik erstellt und vor der Veröffentlichung in sogenannten Stakeholder Dialogen in sechs Themenbereichen diskutiert und überarbeitet.

Zwei Plätze für die Jugend

Ob die Forderungen der Brandenburger Jugend erhört oder hemmungslos beiseite gewischt werden, wird sich in den nächsten Monaten herausstellen. Einige Erfolge können die Jugendlichen des Jugendforums jedoch bereits feiern: Das Umweltministerium finanziert ein*e Hauptamtliche*n, der*die den Jugendlichen unterstützend zur Seite stehen wird. Außerdem konnten sie zwei Plätze innerhalb der Stakeholder-Dialoge für junge Menschen sicherstellen. Darüber freut sich Anton: „Ich sehe die Jugendlichen des Jugendforums als Vertreter*innen der Jugend in ganz Brandenburg, da sind zwei Personen gar nicht mal so schlecht. Selbst großen Organisationen steht jeweils nur ein Platz zu.“

Anton empfindet die Jugendbeteiligung in Brandenburg als sehr fortschrittlich. Er nennt einige Kommunen, wie Lauchhammer, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sehr ernst nehmen. Trotzdem kommt es häufiger auch zu Alibi-Beteiligung, denn in welcher Form die Jugend beteiligt werden soll, ist nicht genau festgelegt. Auch hat er den Wunsch nach mehr Jugendbeteiligung in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen.

Brandenburg ist auf einem guten Weg, der aber noch lang werden wird.

BUNDJUGEND TEENS

Neue Gruppe für Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren

In Berlin startet im April eine neue Umweltgruppe für alle zwischen 11 und 15 Jahren. In wöchentlichen Treffen am Nachmittag wollen wir eigene kleine Projekte auf die Beine stellen, zusammen auf Demos gehen oder Exkursionen in die Natur organisieren. Die Voranmeldung beginnt jetzt und wir freuen uns auf viele Interessierte – also erzählt es weiter und meldet Euch bei uns!

www.BUNDjugend-berlin.de/projekte/
bundjugend-teens



Anton Krüber von der
Brandenburger BUNDjugend

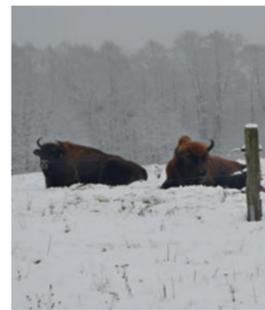
Und wie sieht es in Berlin aus?

Der Landesjugendring Berlin findet die Jugendbeteiligung in Berlin ziemlich ausbaufähig. An der Entwicklung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) war er nicht beteiligt und kann die Frage, ob Jugendliche an diesem Prozess beteiligt waren, nicht beantworten.

Jonathan von der BUNDjugend Berlin sieht das ähnlich. In Berlin wird gerade an der Weiterentwicklung des BEK gearbeitet. Jugendlichen haben zwar eine Chance zur Beteiligung, allerdings wird es ihnen nicht leicht gemacht: Termine zu unmöglichen Uhrzeiten, Hauptamtliche, die mit ihrer Erfahrung einschüchternd wirken, Forderungen werden nicht ernstgenommen. Junge engagierte Menschen, die wirklich etwas verändern wollen, stoßen hier auf taube Ohren und müssen feststellen, dass sie lediglich als Alibi dienen. Das ist wohl einer der Gründe, warum Jonathan oftmals als einziger junger Mensch in den Gesprächen sitzt und Jugendliche manchmal schwer für Beteiligung zu begeistern sind.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Jugendbeteiligung in beiden Bundesländern noch stark verbesserungsfähig ist und oft nur alibimäßig gemacht wird, um den schwammigen Gesetzen zu genügen. Dabei bietet echte Jugendbeteiligung eine riesige Chance für eine zukunftsfähige Politik, die sich an den Bedürfnissen derer orientiert, die mit ihren Auswirkungen leben müssen.

Lynn Hoffmann



Fotos: Sebastian Petrich

Im Gegensatz zu Luchsen und Wisenten kommen Wölfe in Brandenburg zwar in freier Wildbahn vor, zu sehen sind sie aber so gut wie nie.

WÖLFE GUCKEN GEHEN

Der Wildpark Schorfheide beherbergt fast alle größeren Wildtiere, die in unserer Region leben oder leben könnten.

Die erste Attraktion wartet vor dem Eingang, etwa sechs Meter über dem Boden auf einem Ast, zusammengerollt wie eine schlafende Katze. Nur mit Mühe ist zu erkennen, wo der Schwanz ist und wo der Kopf. Für einen Waschbär in die Schorfheide fahren? Zwar konnten sich die Allesfresser mit dem Panzerknackerlook in den letzten Jahren in Berlin und Brandenburg stark ausbreiten – die Umweltsenatsverwaltung geht von derzeit rund 1.000 Exemplaren in der Hauptstadt aus, während in Brandenburg allein die Zahl der geschossenen Waschbären in der Jagdsaison 2019/20 bei über 36.000 lag –, doch in freier Wildbahn gesehen haben sie nur die wenigsten.

Als invasive Art ist der Waschbär jedoch die absolute Ausnahme im Wildpark Schorfheide in Groß Schönebeck. Die anderen Bewohner der bemerkenswert großen und naturnahen Gehege repräsentieren genau diejenigen Großsäugetiere, die in Brandenburg vorkommen beziehungsweise vorkommen würden, hätte man sie nicht ausgerottet oder ihre Habitate zerstört: Fischotter, Luchs, Wolf, Wisent, Mufflon, Elch, Wildschwein, Rot- und Damwild, Wildpferde (Konik, Exmoorpony und Przewalski), alte Haustierrassen (Heckrind, Englischschaf, Wollschwein, Pommersches Landschaf). Es fehlen nur Biber und Wildkatze.

Nach der Begrüßung durch zwei Pyrenäenberghunde, die alle Besucher*innen durch den Zaun des Herdenschutzdemonstrationsgeheges misstrauisch abchecken, müssen wir eine Entscheidung treffen. Gehen wir den Rundweg im oder gegen den Uhrzeigersinn? Falls demnächst die Fütterungen der Luchse und Otter anstehen (11 bzw. 11:30 Uhr, sicherheitshalber aber vor Ort nachfragen), sollte man sich schleunigst gegen den Uhrzeigersinn zum Luchsgehege aufmachen, denn abseits der Fütterungen wird es schwierig, einen Blick auf die scheuen Raubkatzen mit den charakteristischen Pinselohren zu werfen. Mit maximal 9.000 Exemplaren in ganz Europa, davon rund 190 in Deutschland, gilt die Art als vom Aussterben bedroht. Den Luchsen im Wildpark Schorfheide kommt zur Arterhaltung eine wichtige Rolle zu; mehrere hier geborene junge Luchse wurden in den letzten Jahren in den Wäldern im

Nordwesten Polens ausgewildert. Dass die Tiere trotz täglicher Fütterung ihre Jagdinstinkte nicht verlieren, erfährt der Wildpark auf schmerzliche Art. Als der Sturm „Xavier“ im Herbst 2017 den Zaun ihres Geheges zerstörte, nutzten die damals vier Luchse die Gelegenheit zur Flucht. Eines der Tiere wurde schnell wieder eingefangen, ein zweites im Januar 2018. Die zwei anderen jedoch mussten auf dem Gelände des Wildparks erschossen werden, nachdem sie sechs Schafe und Mufflons in den Nachbarhegen gerissen hatten.

Für die Wölfe hingegen gibt es keine Auswilderungspläne. „Sie kämen da draußen nicht zurecht. Würden wir sie laufenlassen, ständen sie früher oder später an der nächsten Tankstelle um zu betteln“, erklärt der Tierpfleger während der Luchsfütterung. Für die Besucher*innen des Wildparks ist es wohl ein Glück, dass sich die hiesigen Wölfe anders verhalten als ihre Artgenossen in freier Wildbahn, denn diese zu sichten ist immer noch extrem unwahrscheinlich. Anders als die Luchse sind die Wölfe im Wildpark auch ohne öffentliche Fütterung gut zu beobachten. Was uns aus aufmerksamen Augen von der anderen Zaunseite aus mustert, ist ein mit der Außenwelt kommunizierendes Zootier, das heftig mit dem Schwanz wedelt, als eine Besuchergruppe mit Hund vorbeikommt. Als diese weg ist, wendet sich der Wolf mit treuerhizigen Augen einer Besucherin zu, die gerade ein Käsebrod verzehrt. Die Ähnlichkeit mit einem bettelnden Hund ist frappierend – nützt dem Wolf aber wenig, er geht leer aus. *sp*

www.wildpark-schorfheide.de

Anfahrt: RB 27 von Berlin-Karow nach Groß Schönebeck (Zweistundentakt). Falls noch etwas Wartezeit bei der Rückfahrt überbrückt werden muss, empfiehlt sich ein Besuch im Jagdschloss Schorfheide fünf Fußminuten vom Bahnhof entfernt mit der Dauerausstellung „Jagd und Macht“.

www.schorfheide-museum.de

ÖKOTIPP: VÖGEL FÜTTERN IM WINTER

Was nützt es, Vögel zu füttern? Vielleicht lautet die Frage eher, wem es nützt. Den Vögeln ist die Fütterung nur in Ausnahmefällen eine wirkliche Hilfe: bei dauerhaft geschlossener Schneedecke, starkem Frost oder wenn in der Umgebung die Vegetation komplett fehlt.

Aber Menschen profitieren davon, weil es ihnen einfach Freude bereitet. Indirekt nutzt das den Vögeln, denn das Interesse an ihnen führt möglicherweise dazu, dass Menschen Dinge tun, die für die Vielfalt der Avifauna viel wichtiger sind als eine paar Körner im Winter. Zum Beispiel den Balkon oder Garten so bepflanzen, dass sich Insekten wohlfühlen. Oder ein paar Cent mehr für Lebensmittel aus ökologischer Landwirtschaft ausgeben und so dafür sorgen, dass Wildkräuter auf dem Acker und Hecken am Feldrand bleiben dürfen und dass weniger Pestizide gespritzt werden. Davon profitieren besonders die in letzten Jahren stark dezimierten Feldvögel, die selten dort vorkommen, wo Menschen Vögel füttern.

Was sollte man beim Vögel füttern unbedingt beachten? Um Schutz vor Katzen zu bieten, muss der Fütterungsort übersichtlich sein, nichts darf den Raubtieren Deckung bieten. Die besten Fütterungszeiten sind früh morgens und rund zwei Stunden vor der Dämmerung. Gut geeignetes

Futter sind Getreidekörner, Hanf, Sonnenblumenkerne, Haferflocken, Fett-Kleie-Gemische, Futterringe und Futterknödel, Kokosnusshälften mit Rinderfett oder -talg sowie Rosinen und Wildbeeren für einige Arten. Während der Brutzeiten braucht der Vogelnachwuchs viele Proteine, wie etwa aus Würmern. Allzu fettige Nahrung können die Küken kaum verdauen, große Nüsse rutschen schlecht den Schlund hinab und können zur Erstickung führen.

Bitte niemals Speisereste füttern, Salz und Gewürze töten Vögel. Auch kein altes Brot, weil das im Vogelmagen aufquillt. Sauberkeit am Futterplatz ist sehr wichtig, damit sich keine Krankheiten verbreiten, außerdem darf das Futter nicht nass werden. Meisenknödel sind nur in der plastikfreien Variante zu empfehlen, weil die Vögel im Plastiknetz mit den Füßen hängenbleiben können. Futterstationen und Nistplätze gibt es im BUNDladen zu kaufen:

www.BUNDladen.de/vogelwinter



Kathy Blascher, www.creativcommons.org/licenses/by/2.0

NATUR ERLEBEN

MITMACHEN

BERLIN PLASTIKFREI

Der BUND setzt sich für eine Verbrauchssteuer auf Einweg-to-go-Verpackungen ein: 50 Cent für Einwegverpackungen und 20 Cent für Einwegbesteck. Mit den Einnahmen sollen innovative Mehrwegsysteme gefördert werden. Bitte unterstützen Sie das mit Ihrer Unterschrift! www.berlin-plastikfrei.de

SUMPF UND SAND RUKUNDEN

Ein Naturerlebnis-Wochenende für Familien mit Kindern von fünf bis zwölf Jahren im Schlaubetal mit Vollpension. Die vom Land Brandenburg und vom ELER-Fonds geförderte Freizeit kostet 18 Euro pro Person. Infos und Anmeldung unter sumpf.brandenburg@BUND.net 13.–15.5.2022, Anreise ab 16 Uhr, Abreise ab 15 Uhr BUND-Naturschutzzentrum Schlaubemühle, Neuzelle

REPAIR-CAFÉ

Hilfe zur Selbsthilfe beim Reparieren gibt es weiterhin im Online-Repair-Café des BUND. Die ehrenamtlichen Expert*innen geben via Zoom Reparaturtipps, helfen bei der Fehlersuche und wissen, wo es Ersatzteile und Reparaturleistungen gibt. Bitte anmelden unter repaircafe@BUND-Berlin.de 21.2.2022 + 21.3.2022, jeweils 18–20 Uhr

VELO BERLIN

Der BUND ist auf der Fahrradmesse mit einem Stand vertreten und präsentiert seinen neuen Fahrradstadtplan. 9./10.4.2022, Flughafen-gebäude Tempelhof www.velofestivals.com/veloberlin

VOGELPAT*IN WERDEN

Vögel füttern ist nur selten wirklich nötig (siehe Ökotipp auf dieser Seite). Warum das am Weigandufer in Neukölln ein solcher Fall ist und welche Hilfe Ehrenamtliche dort als Vogelpat*innen leisten können, lesen Sie im BUND-Blog: www.umweltzoneberlin.de/2021/12/15

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V. Crellestr. 35 10827 Berlin www.BUND-Berlin.de und

Landesverband Brandenburg e.V. Mauerstraße 1 14469 Potsdam www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0 E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp) Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung des BUND wieder.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42 anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

Möller Druck und Verlag GmbH www.moellerdruck.com

GESTALTUNG

sujet.design www.sujet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

30.000 Gedruckt auf UltraMag Plus Silk, 100 % Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang Mai 2022. Anzeigenschluss ist der 17. März 2022.

SPENDENKONTO

BUND Berlin Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE 51 1002 0500 0003 2888 00 BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg GLS Bank IBAN: DE 24 4306 0967 1153 2782 00 BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



PLASTIKFASTEN

Wenn an der Nordseeküste tote Eissturmvögel gefunden werden, dann haben 95 Prozent von ihnen Plastikstücke im Magen, im Schnitt 34 Einzelteile beziehungsweise 0,31 Gramm. Auf den menschlichen Magen hochgerechnet sind das 31 Gramm. Welchen Anteil Deutschland an den etwa zehn Millionen Tonnen Plastikmüll hat, die jährlich neu in die Weltmeere gelangen, lässt sich nicht beziffern. Dass er gegen null geht, wie oft behauptet wird, erscheint sehr unwahrscheinlich. Denn Deutschland exportiert nicht nur plastikhaltige Produkte in alle Welt, sondern auch Plastikabfall.

Keine Frage, der Kunststoffverbrauch muss weniger werden. Und zwar deutlich. Deshalb ruft der BUND wie in den Vorjahren zum Plastikfasten auf. Unsere Bitte: Gönnen auch Sie sich eine Plastikdiät zwischen Aschermittwoch und Ostern!

46 Tage, null Gramm Plastik

Können sechseinhalb Wochen ohne Kunststoff eine der drängendsten Gegenwartsfragen, die Vermüllung des Planeten und seiner Meere, wirklich lösen? Es ist zumindest ein guter Einstieg. Plastikfasten ist die Gelegenheit, das eigene Einkaufs- und Verbrauchsverhalten zu analysieren und im sozialen Umfeld zu diskutieren. An welchen Stellen bedeutet das Vermeiden von Plastik überhaupt Verzicht? Braucht es wirklich jede Verpackung? Welche Alternativen gibt es zu plastikhaltigen Waren? Bedeutet Mehrweg tatsächlich mehr Aufwand?

Niemand, die*der sich ernsthaft mit diesen Fragen beschäftigt, wird nach Ostern wieder in die alten Konsummuster zurückfallen. Machen Sie mit und helfen Sie, den Ausstieg aus dem Einwegplastik zum großen Thema zu machen!

www.BUND.net/plastikfasten



Foto: Ingrid Taylor, www.creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0

WILDTIERE IN ZAHLEN

Wolfsvorkommen in Deutschland 2020/21 ...

... Wolfsterritorien: 203 , davon	
... Rudel:	157
... Paare:	27
... Einzeltiere:	19

Wolfsvorkommen in Brandenburg 2020/21 ...

... Wolfsterritorien: 57 , davon	
... Rudel:	49
... Paare:	8
... Einzeltiere:	0

Tot aufgefundene Wölfe in Deutschland 2020/21 ...

... 133 , davon	
... durch Verkehrsunfall getötet:	96
... gewildert/illegal getötet:	13
... natürliche Todesursache:	13
... ungeklärte Todesursache:	7
... legale Tötung:	4

Fischotternachweise in Berlin 2000–2021 ...

... 163* davon	
... Totfunde:	19

*Ein Tier kann mehrmals gesichtet werden

Bibervorkommen in Berlin ...

... Baue: ca. 60	
... Individuen: 150–200	

Tot aufgefundene Biber in Berlin 2015–2020 ...

... 37 , davon	
... unbekannte Todesursache:	16
... durch Verkehrsunfall getötet:	12
... vermutlich durch Krankheit gestorben:	3
... durch Schiffsschraube getötet:	2
... durch sonstiges stumpfes Trauma getötet:	2
... in Fischreue verwendet:	1
... vorsätzlich und illegal getötet:	1

Polizei wegen illegaler Tötungen geschützter Tiere ...

... 2016:	1
... 2017:	2
... 2018:	0
... 2019:	2
... 2020:	1

Bei Verkehrsunfällen getötetes Wild in Brandenburg 2019/20 ...

... 9.301 , davon	
... Wildschweine: 2.801	
... Rehwild: 5.933	
... Muffelwild: 20	
... Damwild: 385	
... Rotwild: 162	

In Brandenburg erlegte Wildschweine ...

... 1972: 13.107	
... 1982: 27.179	
... 1992/93: 47.023	
... 2001/02: 66.051	
... 2010/11: 72.847	
... 2019/20: 102.456	

In Berlin bei Jagden erlegte Wildtiere 2020/21...

... Wildschweine: 2.442	
... Rehwild: 363	
... Kaninchen: 253	
... Füchse: 121	
... Waschbären: 83	
... Damwild: 47	
... Dachse: 7	
... Rotwild: 5	
... Muffelwild: 5	
... Baummarder: 2	
... Steinmarder: 1	
... Marderhunde: 1	

Brutvogelarten in Deutschland ...

... 305 , davon	
... regelmäßig hier brütend: 243	
... unregelmäßig hier brütend: 25	
... etablierte Neozoen: 20	
... ausgestorben: 17	

Quellen: Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf, Büro Stadt-Wald-Fluss Berlin, Senatsverwaltung für Umwelt, Klima und Verkehr, Jagdbericht 2019/20 des Landes Brandenburg, Vögel in Deutschland (2019, Studie im Auftrag des Dachverbands Deutscher Avifaunisten, des Bundesamts für Naturschutz und der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten)



ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Einfach online ausfüllen: www.mithelfen.net – oder den nachfolgenden Coupon nutzen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitgliedschaft (ab 60€)
 Einzelmitgliedschaft ermäßigt (ab 24€)
 Familienmitgliedschaft (ab 72€)

Tragen Sie nachfolgend bitte Namen und Geburtsdatum Ihrer Familienmitglieder ein:

Name Partner*in: Geb.-Datum:
 Name 1. Kind: Geb.-Datum:
 Name 2. Kind: Geb.-Datum:

(Namen und Geburtsdatum von weiteren Kindern bitte unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift per E-Mail nachmelden: service@bund.net)

Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500€)

Vorname/Name:
 Straße:
 PLZ/Ort:
 Geb.-Datum (TT.MM.JJJJ):
 E-Mail:
 Telefon (optional):

Bitte senden Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) / Friends of the Earth Germany • Kaiserin-Augusta-Allee 5 • 10553 Berlin
 So erreichen Sie unseren BUND-Mitgliederservice: Fon: +49 30 275 86-111 • Fax: +49 30 275 86-440 • E-Mail: service@bund.net

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Kontoinhaber*in:

IBAN (oder Konto-Nr.):

BIC (oder Bankleitzahl):

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)

Hinweise:

- Durch Ihre Unterschrift werden Sie Mitglied des BUND (Bundesverband) und erteilen diesem ein SEPA-Lastschriftmandat, mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Mitgliedschaft ist jederzeit satzungsgemäß und ohne Angabe von Gründen kündbar. Gläubiger-ID: DE34 2200 0000 1038 26.
- Mit Ihrer Mitgliedschaft im Bundesverband sind Sie i.d.R. zugleich Mitglied des BUND-Landesverbands Ihres Wohnortes.
- Ihre Daten werden gem. Art. 6 Abs. 1 lit. B DSGVO ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die Nutzung erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Dieser Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Unter der nachfolgend genannten Adresse erreichen Sie auch den Datenschutzbeauftragten des BUND. Eine ausführliche Erklärung zum Datenschutz finden Sie unter www.bund.net/datenschutz